

Die „Arbeit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Bestellgebühr monatlich 2,30 M., bei Zustellung unter Briefmarken 4,30 M. Die „Arbeit“ ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 111.
Verleger: Kurt Roden 2893 und 2896.

Interessante sind die achtseitige Kompartimentsseite über deren Raum 1,20 M., Wochensatzung bei fortgehender Wert 40 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Lesungszuschlag 50 Proz. Sonntags- und Verteilungsanfragen fällt der Zustellung fest. Interests für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Kurt Roden 9768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Arbeiter, Parteigenossen! Erweist der großen Vorkämpferin des Sozialismus durch massenhafte Beteiligung an der Beerdigung am Freitag die letzten Ehren!

Der Vollzugsrat für allgemeine Beteiligung an der Beerdigung.

Der Vollzugsrat beschäftigte sich in einer gestern stattgefundenen Sitzung mit der am 13. Juni stattfindenden Beerdigung der Genossin Rosa Luxemburg.

Folgender, von der Fraktion der U. S. D. gestellter Antrag, wurde bei Stimmenmehrheit angenommen:

Der Vollzugsrat ersucht alle Kreise des werktätigen Volkes, von einem ruhlosen Verbrechen zum Opfer gefallenen Vorkämpferin des Proletariats Genossin Rosa Luxemburg, durch eine allgemeine Beteiligung an der am Freitag, den 13. Juni, stattfindenden Beerdigung die letzte Ehre zu erweisen und bittet gleichzeitig Protest gegen alle Schandtaten der Reaktion zu erheben.

Die Fraktion der U. S. D. gab hierzu folgende Erklärung ab:

Die U. S. D.-Fraktion des Vollzugsrates erklärt zu der gesamten Trauerfeier anlässlich der Beerdigung der Genossin Rosa Luxemburg folgendes:

Das gesamte internationale Proletariat betrauert in der ermordeten Genossin Rosa Luxemburg eine Führerin von Geist und hoher Begabung. Die Arbeiterschaft Deutschlands im besonderen wird die unermüdete Kämpferin für den internationalen Sozialismus und die warmherzige Freundin des lebenden und kämpfenden Proletariats nie vergessen. Wir erwarten daher von unseren Parteifreunden und Gesinnungsgenossen in der Berliner werktätigen Bevölkerung, daß sie zur letzten Ehre der Eingeschiedenen Kranzdeputationen zur Beerdigung entsenden.

Eine Kundgebung der Zentralleitung der U. S. D.

Anlässlich der Beerdigung der menschl. ermordeten Vorkämpferin des internationalen Proletariats, unserer Genossin Rosa Luxemburg, empfehlen wir allerorts unseren Genossen, durch Arbeitsruhe am Begräbnistage, Freitag, den 13. Juni, ihr Andenken zu ehren.

Die Zentralleitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Fortdauer des Streiks in Frankreich.

Aufruf zu einer internationalen Aktion.

Paris, 11. Juni.
Die großen Streiks dauern in unverminderter Kampfkraft fort. Die Untergrundbahn- und die Omnibus-Gesellschaft können eine Anzahl Untergrundzüge, Omnibusse und Straßenbahnwagen, die von Streikbrechern geführt werden, im Betrieb erhalten. Mehrere Straßenbahnwagen, die gestern das Depot verlassen wollten, wurden von Streikenden umgeworfen und in Brand gesetzt. Die Polizei benimmt sich sehr zurückhaltend, so daß nur ganz selten Zwischenfälle vorkommen.

Die Confédération Générale du Travail und die Kartellverbände der Bergleute, Matrosen, Eisenbahner, Hafenarbeiter, Transportarbeiter, Metallarbeiter und Bauarbeiter haben sich grundsätzlich zum Streik erklärt. Das Kartell veröffentlicht heute eine Mitteilung in der Presse, in der es erklärt, davon Kenntnis zu nehmen, daß die Bergleute den Generalstreik auf den 16. Juni festsetzen haben, was bis dahin ihre Forderungen nicht völlig durchgesetzt seien. Das Kartell erklärt sich mit den beiden Gewerkschaften solidarisch. Die Arbeiterschaft und die Streikenden dürfen nicht nachgeben und sich von der Regierung weder einschüchtern noch verunsichern lassen. Durch den übermäßig verzögerten Friedensvertrag durch die häßliche Regierung, durch die drohenden neuen

Steuern, durch Eingriffe in das Selbstbestimmungsrecht der Völker, durch den Versuch, die russische und ungarische Revolution zu erdrosseln, und durch die Verdrängung der Demobilisierung aus einer allgemeinen Annahme sei eine Lage geschaffen worden, bei der nur durch eine gemeinsame gleichzeitige nationale und internationale Aktion Rettung könne.

Das Kabinett Clemenceau wartet.

Paris, 11. Juni.

In der Kammer wurden Interpellationen über Hausbesuchen im Nationalrat der Presse und bei dem Direktor des „Matin“, Schoeller, erörtert. Der Unterstaatssekretär Ignace erklärte, daß die Gerichtsbehörden verschiedenen Fällen von Beihilfe zur Trübsbergerei und sogar Fällen von Beeinflussung von Beamten, um für gewisse Personen Strafausschub zu erwirken, auf die Spur gekommen seien. Er ersuchte die Kammer, sich mit diesen Behauptungen zufrieden zu geben. Der Sozialist Renaudel widersprach Ignace und suchte sich lediglich aus einer ihm unangenehmen Lage dadurch zu ziehen, daß er sich hinter das Amtsgeschäft verschlang. Die Stimmung der Kammer schien so kritisch erregt, daß Clemenceau es für nötig hielt, persönlich in die Debatte einzugreifen und die Vertrauensfrage zu stellen. Er erklärte, er habe sich mit dem ganzen Kabinett für solidarisch mit Ignace; spreche man diesem das Mikroskop aus, so werde das ganze Kabinett zurücktreten. Unter großer Erregung wurde dann zur Abstimmung geschritten, die nur 276 Stimmen für die Regierung und 187 gegen die Regierung ergab, wobei 176 noch ungefähre 120 Deputierte der Abstimmung entzogen hatten.

Englische Truppen verweigern den Dienst.

Amsterdam, 11. Juni.

„Daily Herald“ vom 9. meldet, daß die englischen Truppen, die am 7. in Plymouth angeliefert wurden und nach einem Ruhelager geschickt werden sollten nach dem Demobilisationsdepot, sich entzogen weigerten, in die bereitgestellten Züge einzusteigen. Schließlich habe das Kriegsamt dem Wünsche der Truppen nachgegeben und sie nach ihren Demobilisationszentren bringen lassen. Die Soldaten, die aus Ägypten zurückgeführt waren, erklärten, daß die Stimmung unter den Leuten, die noch immer auf ihre Demobilisierung warten müssen, gereizt sei. Dienstverweigerung und Protestversammlungen auf offener Straße würden immer häufiger.

Auch die Matrosen meutern.

Amsterdam, 11. Juni.

Daily News vom 9. Juni bringt eine Neutermeldung, wonach auf dem britischen Kreuzer Australia vor seiner Abreise aus Fremantle ernste Unruhen unter der Schiffsbemannung stattgefunden haben. Die Mannschaft verlangte, daß die Reise des Kreuzers verschoben werde. Da der Kommandant dieser Forderung nicht stattgab, weigerten sich die Matrosen, Dampf auszumachen, so daß diese Arbeit von den Unteroffizieren ausgeführt werden mußte. Etwa 50 Mannschaften wurden verhaftet. Sechs Matrosen erhielten strengen Arrest und werden wahrscheinlich in Sidney vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Protest gegen Gewalttätigkeiten.

Budapest, 9. Juni.

Das ungarische Proletariat hat sich an das Proletariat der ganzen Welt mit einem Protest gerichtet, gegen jene Gewalttätigkeiten, welche von den geschlagenen Rumänen und Tschechen an der Bevölkerung und an den Verwundeten verübt worden sind. Die Stunde sei nicht mehr fern, in welcher solch wilde Ausbrüche der Feigheit bestraft werden.

Die Schande der Schubhast.

Die „vollendete Demokratie“, deren wir uns noch dem bekannnten Wort des „Vorwärts“ erfreuen, hat alle Gewalt- und Unterdrückungsmaßnahmen, die das alte Regime vor und während des Krieges sich gekonnt hatte, aufricht erhalten und erweitert. Noch nie ist der Belagerungszustand in solchem Umfang, mit solcher Grundlosigkeit verhängt, aufrechterhalten und mißbraucht worden. Noch nie ist — auch während des Krieges — von der Verhängung der Schubhast ein so schrankenloser und willkürlicher Gebrauch gemacht worden wie in der vollendeten Demokratie.

Dabei ist diese Schubhast-Institution an sich eine Familiensache. Sie hat eine Analogie nur in der berüchtigten administrativen Verschwendung des zaristischen Systems. Verurteilt sie doch darauf, daß Leute ohne Richterspruch, Leute, denen man irgend etwas Strafbares nicht nachweisen kann, nur auf Wunsch bestimmter Behörden ins Gefängnis geworfen werden.

Zu Hunderten zählten die Opfer dieser Institution im Kriege, zu Tausenden zählen sie unter der Regierung der Rechtssozialisten und Rechts-Gardisten. Mit welcher Lücke und Unmenslichkeit verfahren wird, dafür wollen wir als Beispiel das Geschick Ernst Meyers anführen.

Dr. Ernst Meyer war vor Ausbruch des Krieges Redakteur des „Vorwärts“. Er ist auch heute regierender Sozialist als ein tüchtiger, wissenschaftlicher, vom reinsten Idealismus für die sozialistische Sache erfüllter Mann bekannt.

Ernst Meyer trat selbstverständlich in Opposition zur Durchhaltepolitik der Scheidemänner, wurde mit den anderen Kollegen gemahregelt und schloß sich dem Spartakusbund an.

Ernst Meyer ist seit längeren Jahren lungenleidend. Er konnte deshalb trotz aller Rücksichtslosigkeit gegen politische Kompromittierte nicht in den Schützengraben geschickt werden.

Sein Leiden, das ihn immer wieder zu längerem Aufenthalt in Lungenheilstätten zwang, beeinträchtigte natürlich auch seine Wirkungslosigkeit für die Revolution. Trotzdem tat er in der vorrevolutionären Zeit, vor allem durch literarische Mitarbeit, was er für die Revolution tun konnte.

Die Revolution kam und dann die Kämpfe zwischen den revolutionären Parteien. Nach den Januarunruhen in Berlin wurde Meyer verhaftet. Die Verhaftung war grundlos und er wurde nach einiger Zeit wieder freigelassen. Damals wurde konstatiert, daß sein Leiden ihn unfähig macht.

Ernst Meyer erfreute sich nicht lange der Freiheit. Bevor der Generalstreik im März ausbrach, wurde er neben anderen Kommunisten „präventiv“ in Haft genommen.

Seitdem ist dieser lungenleidende Mann im Gefängnis. Seine Gefangenhaltung ist absolut grundlos, wenn man nicht vielleicht die Absicht hat, ihm für die Tätigkeit, die er vor der Revolution entfaltet hat, jetzt den Prozeß zu machen, was man ja bei den heutigen Umständen nicht mit Sicherheit ausschließen kann. Wieder an den Januar, noch an den Märzereignissen — er wiederholte, er war schon vor Ausbruch des Generalstreiks verhaftet — war Meyer im geringsten betätigt. Trotzdem hält man ihn in Haft und schädigt bewußt und offenbar mit Absicht seine Gesundheit.

In den letzten Tagen ist die Schubhast neuerlich um drei Monate verlängert worden. Ein Antrag Meyers, an dem Leidenbeginns Rosa Luxemburg teilzunehmen, ist abgelehnt worden. Vorläufig ist nicht abzusehen, wann Meyer je wieder freikommt, wann er, dessen Gesundheit unter der Haft schwer leidet, wieder in der Lage sein wird, für sein ernstes Lungenleiden das Nötige zu tun.

Das Reichsmilitärgericht hat entschieden, daß die Mitgliedschaft zur kommunistischen Partei kein ausreichender Grund für die Verbannung der Schubhaft ist. Die Entscheidung ist nicht gerade von großer Bedeutung, da sie die Verbannung der Schubhaft wegen propagandistischer Tätigkeit im Dienste der Partei nicht ausschließt. Hegen Meyer liegt aber in der Tat seit seiner letzten Entlassung nicht mehr vor als die Tatsache seiner Mitgliedschaft. Trotzdem bleibt er ununterbrochen im Gefängnis.

Der Fall Meyer ist aber nicht vereinzelt. Zu Tausenden zählen die Männer und Frauen, die ganz willkürlich in die Gefängnisse geworfen worden sind und dort bleiben müssen. Die sozialistische Regierung scheint es nachgerade als Selbstverständlichkeit anzusehen, daß sie auf diese Weise ihre politischen Gegner bestrafe. Wie unter dem russischen Juten verdächtige Leute eines schönen Tages ins Gefängnis oder nach Sibirien verschwand, so verschwinden jetzt unter der Regierung Scheidemann mißliebige Personen in den Gefängnissen; die Gerichte werden nicht bemüht, ein Schubhaftbefehl genügt, und wenn er abläuft, wird er erneuert.

Der „Vorwärts“ aber preist die „vollendete Demokratie“.

Die österreichische Antwortnote.

St. Germain-en-Laye, 10. Juni.

Nach einer Meldung des Wiener Tel.-Büros-Bureau hat Staatskanzler Renner heute dem Ministerratspräsidenten Clemenceau eine Note überreicht, in der er den Wünschen der Entente vorstellt, daß das deutsch-österreichische Volk durch die Vereinigungen der unentbehrlichsten Mittel zur Erhaltung seines Wirtschaftslebens und zur Aufrechterhaltung der sanitären und bürgerlichen Ordnung bestraft wäre, denn ihm würde weder sein Heimatboden noch seine Lebensnotwendigkeit. Es würde seiner Religion und fruchtbarsten Lebenskräfte beraubt. Gegen ihren Willen, ihr nationales Bewußtsein und ihre wirtschaftlichen Interessen würden mehr als vier von zehn Millionen Deutsch-Österreicher einer feindseligen Fremdherrschaft unterworfen. Man sei mit Entschiedenheit entschlossen über den von deutschen Völkern in Wien wiederholt kundgegebenen Wunsch hinwegzugehen, durch Zwangsmaßnahmen über den Anschlag auf Deutsch-Österreich befragt zu werden. Was von Deutsch-Österreich weise, bestünde bloß aus den Alpenländern und der Hauptstadt Wien, die von den sechs Millionen Einwohnern zwei Millionen übersteige.

Dieser neue Staat könne nur ein Viertel der für eine Bevölkerung notwendige Rohstoffmenge selbst erzeugen. Er müßte jährlich zwölf Millionen Tonnen Kohle kaufen, während seine eigene Förderung kaum zwei Millionen erreichte. Er hätte die notwendigen Einfuhren nicht durch Ausfuhr decken, weil ihm mit den deutschen Gebieten Wollens, Nahrung und Seidenstoffe fast alle Exportindustrien entzogen würden, so die Brauereien, die Baumwoll- und Schafwoll- und Leinwandweberei, die Glas- und Porzellanindustrie, die Zuckerfabrikation und die chemische Industrie. Die Einfuhren, von denen Nahrung und Arbeit der Bevölkerung abhängt, würden nicht zu bezahlen sein. Auch eine Bezahlung der unentbehrlichen Exportgüter der neuen Staaten durch Eingabe des Deutsch-Österreich noch verbleibenden Kapitals wäre infolge der Friedensbedingungen unüberwindlich. Der Umrechnungskurs für die Schulden der deutsch-österreichischen Staatsangehörigen werde so festgesetzt, daß sie ungefähr zweimal so viel zahlen müßten, als sie tatsächlich schulden, und zugleich würde den neuen Staaten das Recht eingeräumt, alles Vermögen der Staatsbürger und Handelsverhältnisse Deutsch-Österreichs in deren Gebieten zu beschlagnahmen.

Die Entziehung des in Gebieten der früheren Monarchie befindlichen, d. h. fast des ganzen Vermögens der deutsch-österreichischen Staatsbürger wäre eine Unmöglichkeit. Damit würde nicht nur das letzte Mittel zur Bezahlung der notwendigen Lebensbedürfnisse genommen, sondern auch der vollständige finanzielle Zusammenbruch des Staates, aller Kreditinstitute, Versicherungsgesellschaften, Sparkassen und aller privaten Unternehmungen herbeigeführt werden. Die meisten Unternehmungen, denen sich Wien war, würden durch die Beschlagnahme ihres Vermögens in den anderen Ländern der früheren Monarchie enteignet, und die Schuldenlast des überlasteten deutsch-österreichischen Staates durch die Verpflichtung, die enteigneten Besitztümer zu entschädigen, ungemein erhöht, während Deutsch-Österreichs finanzielle Kräfte durch Enteignung des in der alten Monarchie gelegenen Vermögens seiner Staatsbürger vernichtet würden.

Die Note erklärt weiter, daß die Vernichtung Deutsch-Österreichs und die Entziehung eines sozialen und politischen Freiheitsbundes wohl nicht dem europäischen Interesse und dem der alliierten und assoziierten Mächte entspreche. Aus den angeführten Gründen müßten die Friedensbedingungen sehr wesentliche und grundsätzliche Änderungen erfahren. Ueber die Regelung der territorialen Fragen müßten schon in den nächsten Tagen von deutsch-österreichischer Seite Vorschläge gemacht werden, während die wirtschaftlichen Anträge für den Zeitpunkt vorbehalten würden, in dem alle bezüglichen Kapitel der Friedensbedingungen vorliegen würden. Die Note schlägt zur Entzerrung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den sich in die Gebiete der Monarchie teilenden Staaten die Schaffung eines besonderen Ausschusses unter dem Vorsitz von Delegierten der alliierten Großmächte vor, in dem auch Deutsch-Österreich mitarbeiten würde. Der Friedensschluß könnte erfolgen, ohne den Abschluß der Arbeiten dieses Ausschusses abzuwarten.

Die Note weist dann darauf hin, daß die Vernichtung und wirtschaftliche Vernichtung Deutsch-Österreichs sich in ihren Folgen nicht auf Deutsch-Österreich beschränken würden. Es würde ein politisches und soziales Chaos bewirkt werden, in das unvermeidlich die nächsten Nachbarn verstrickt werden würden und dessen letzte Auswirkungen unabsehbar seien.

Die Note erklärt zum Schluß: Wir können vorweg keinen Zweifel darüber lassen, daß die derzeitige deutsch-österreichische Regierung, die durch sechs Monate unter den größten Anstrengungen die innere Ordnung und den äußeren Frieden des Landes aufrecht erhalten hat, für die Folgen solcher Friedensbedingungen eine Verantwortung zu übernehmen nicht in der Lage wäre.

Der Eindruck der Note in Wien.

Wien, 11. Juni.

Die Blätter himmen rückhaltlos der Note des Staatskanzlers Renner an, die in Paris, Brüssel und London die Sorge Deutsch-Österreichs vertritt, und

drücken die Überzeugung aus, daß der Vierzehnte schon auf die erste Note Renners hören müsse, wenn er wirklich den Frieden der Welt schaffen will.

Gegen die Todesurteile in Bayern.

Zu den bereits erfolgten und den noch drohenden Verurteilungen in Bayern hat die „Freie Vereinigung für Recht und Sozialismus“ (Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Juristen) folgende Resolution gefaßt:

„Die Anwendung des aus dem Obergerichtsstaat übernommenen, zurzeit noch geltenden Rechts gegen Personen, die wegen politischer Straftaten angeklagt sind, widerspricht dem Geist des Sozialismus und dem Rechtsbewußtsein der breiten Massen. Die Verbannung der Todesstrafe, zumal gegen solche Angeklagte, bedeutet die Preisgabe des Erfurter Programms und der Traditionen der Sozialdemokratie. Die Todesstrafe ist von der Sozialdemokratie stets nur als „das barbarische Ueberbleibsel einer früheren Gesellschaftsordnung, als Hohn auf die moderne Zivilisation“ angesehen worden. — In gleicher Weise wie gegen Ausnahmegerichte muß die Sozialdemokratie gegen außerordentliche Gerichte Stellung nehmen, da die Wirkungen hier wie dort Tendenzurteile sind. Die Aburteilung insbesondere politischer Straftäter durch Militärs gibt dem Militär unberechtigtes und über seinen Aufgabekreis und sein Verständnis hinausgehende Machtbefugnisse. Sie steht in offenem Widerspruch zu den Forderungen einer modernen Kriminalpolitik, nach welcher der Richter, um zu einem gerechten Urteil zu kommen, den Täter verstehen muß.“

Aus Wien ist an den bayerischen Ministerpräsidenten Hoffmann folgendes Telegramm gerichtet worden:

„Wir protestieren aufs schärfste gegen jedes Standrecht, besonders gegen die „beabsichtigte“ Erschießung Ernst Tollers, Ernst Felsch, Franz Böhler, Arthur Schnitzler, Jbs Roland, Alexander Wolff, Hugo Sonnenschein, Albert Ehrenstein, Franz Berfel, Hugo Hoffmannsdahl, Oscar Fried, Peter Hoffmann, Stephan Zweig.“

Auch von zahlreichen Betrieben in Berlin gehen und noch dauernd Proteste zu. Wir müssen auf ihre Veröffentlichung verzichten, da die Stellungnahme der Berliner Arbeiterschaft durch den Proteststreik bereits hinlänglich zum Ausdruck gekommen ist.

Vor einer bayerischen Ministerkrise.

Dem Berliner Tageblatt wird aus München die nahe Möglichkeit einer Ministerkrise in Bayern gemeldet. Der Grund liege besonders in der Haltung des Ministerpräsidenten Hoffmann, der die Bestätigung des Todesurteils gegen Levinsohn mißbillige. Ferner sei in der Partei der Rechtssozialisten ein Antrag auf Ausschluß der vier sozialistischen Minister, die für Vollstreckung des Todesurteils gestimmt hätten, aus der Partei vorbereitet.

Gleichzeitig berichtet das „Tageblatt“, daß man an informierten Stellen annehme, daß weitere Erschießungen von Münchener Kommunistenführern nicht stattfinden werden. Insbesondere dürfte gegen Toller, Klingelböfer und Trautner, für die sich zahlreiche nichtkommunistische Persönlichkeiten verwandt hätten, nicht mit der äußersten Strenge des Gesetzes verfahren werden, die allerdings bestialischen Geiselmördern gegenüber natürlich angewendet werden müsse.

Wir möchten hierzu bemerken, daß diese angebliche Anwendung von Milde durchaus nicht genügt, sondern daß nach wie vor gefordert werden muß, daß politische Vergehen nicht von einem militärischen Gericht verurteilt werden dürfen und daß die Standgerichte überhaupt zu verabschieden haben.

Die Remscheider Provokation.

Privattelegramm der „Freiheit“.

Remscheid, 11. Juni.

Am Sonnabend, den 7. Juni, fand eine Stadtkonferenz statt, die sich mit der Besetzung Remscheids durch die Kollgarde beschäftigte. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in der gefordert wird, die Truppen sofort zurückzuziehen, den Besetzungszustand aufzuheben und die Inhaftierten einem ordentlichen Gericht zu übergeben. Am Montag reiste eine Kommission, bestehend aus dem Oberbürgermeister, unserem Wessener Fischer und dem Reichssozialisten Jersch, zum Reichskommissar Seckering nach Duisburg und stellte diesem nochmals die obengenannten Forderungen. Der Reichskommissar versprach, einige der Verhafteten zu beurlauben. Es soll der Verhaftetenführer der Metallarbeiter, Genosse Schlieker, aber nicht nach Remscheid, sondern nach einer anderen Stadt beurlaubt werden. Das Verhalten der Truppen ist weiter äußerst provokierend. Beim kommandierenden General ist die Hälfte Beschwerden geführt worden. Der Streik geht einseitig weiter.

Entwurf eines Reichsammunifizierungsgesetzes.

Wie mitgeteilt wird, ist jetzt endlich im Reichsministerium des Innern der Entwurf eines Reichsammunifizierungsgesetzes für die Kommunalisierung fertiggestellt und einer Anzahl von Organisationen zur Stellungnahme überhandt worden. In dem Gesetzentwurf, der nur 12 Paragraphen enthält, wird den Gemeinden das Recht eingeräumt, im Interesse des öffentlichen Wohles und beim Vorhandensein eines dringenden lokalen Bedarfs, in die Gemeinwirtschaft zu überführen. Es werden u. a. folgende Wirtschaftszweige als zur Überführung geeignet bezeichnet: Straßenbahn, Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke, das Wasserversorgungswesen, das Abfuhrwesen, Theater, Lichtspiele und Schauhallen.

Der Entwurf macht die Überführung in die Gemeinwirtschaft in den angeführten Fällen von der Genehmigung der Landeszentralbehörden abhängig. Den Gemeinden wird das Recht eingeräumt, entweder Zwangsgenossenschaften zu bilden oder die Unternehmungen unter öffentliche Aufsicht zu stellen. Den Inhabern der Unternehmungen sollen bei der Überführung Entschädigungen gezahlt werden. Die Entschädigungen sollen unter Berücksichtigung der Rentabilität und unter Berücksichtigung der Tätigkeit des Unternehmers festgesetzt werden. Entschädigte Kapitalgeber, in welcher Form

das Gesetz der Nationalversammlung über dem Klassenkampf vorgelegt werden soll, dürften erst gefaßt werden, wenn die Organisationen, so zum Beispiel der Deutscher Arbeiterkongress, der Deutsche Handwerkerkongress, denen der Entwurf zur Begutachtung vorgelegt werden soll, dazu Stellung genommen haben.

Man wird die endgültige Stellungnahme zu dem Entwurf bis zum Bekanntwerden seines Wortlauts abwarten müssen. Schon heute aber möchten wir betonen, daß die in der vorstehenden Notiz angegebenen Forderungen ebenso lebhaftes Bedenken hervorrufen dürften wie die über die Genehmigung durch die Landeszentralbehörden und die Entschädigung.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Zweiter Verhandlungstag.

11. Juni 1918.

Nach Erstattung der Berichte über die Rassenverhältnisse, über Bildungs- und Jugendarbeit und Tätigkeit der Kontrollkommission beginnt die Tagesordnung mit der Besprechung der Beschlüsse. Eingezogen sind Berichte über deren Beginn 70 Redner.

Georg-Franfurt a. M. spricht von der „unglückseligen Politik“ des preussischen Ministeriums des Innern. Die Sozialdemokratischen Parteien in vielen Gemeinden können immer noch die alten Schüssen und Bürgermeistern haben nur eine Scheindemokratie, eine Art-Liberalismus. (Sehr wichtig) Die alte Landräteverwaltung mit ihren Liebertrugsgleiten konpromittiert die jetzige Regierung, deren Konto man dieses Treiben schilt! So schnell als möglich zum Teufel mit ihr! Wir fordern, daß unsere Genossen in der Regierung alles der Partei verantwortlich sind. (Zustimmung)

Abolf Braun-Rürnberg begründet folgende Einigungsentwässerung:

„Der Parteitag teilt den in vielen Anträgen zum Ausdruck gekommenen Wunsch nach der Einheitsfront des Arbeiterproletariats Deutschlands: Die Fortdauer der Parteispaltung, die den kraftvollen Vorkampf der Arbeiterklasse aufzuhalten droht, erkennen wir als die größte Gefahr für die Lebenshaltung der Arbeiterklasse wie für die Abwehr revolutionärer Machenschaften. Bei allen Versuchen, das Parteiarbitrium wieder zur Einheit zusammenzuführen, wandten sich Vertreter der U.S.P. und N.P.D. gegen die Grundzüge der Demokratie. Der Parteitag lehnt das Streben nach einer nur durch den Mittel des Terrorismus — und auch da nur für kurze Zeit — aufrecht zu erhaltenden Diktatur einer Minderzahl ab. Der Parteitag erklärt seine Vereinstschaft, in Verhandlungen zur Einigung mit der U.S.P. auf der Grundlage des Erfurter Programms zu treten, sobald die U.S.P. den Grundzüge der Demokratie rückfalls anerkennt und jede Gemischtfront mit den Mitteln des Faschismus und der Verwirrung demokratischen Grundzüge wütenden N.P.D. aufgegeben wird. Die Verhandlungen über die Einigung können nur geführt werden.“

Wird die Resolution einstimmig angenommen, dann wird auch noch auf ihn wiesen. Für die Fortdauer der Parteispaltung besteht kein Grund, so weit das Erfurter Programm anerkannt wird. Die Kriegspolitik der Partei ist sehr wichtig, aber unanfechtbar, aber was wollen wir heute noch vom 4. August sprechen? (Sehr wahr!) In die starken nationalen und internationalen Patrioten müssen wir zerfallen lassen auf die nationalen Bestimmung. Nie niemals in Widerspruch der Partei zur Internationale. (Sehr wahr!) Im übrigen rechtliche Verfaller Friede die deutsche Kriegspolitik so wenig wie Bremer Friede die Mobilisierung der russischen Heere. (Sehr wahr!) Doch nicht mehr über die Ursachen des Krieges. (Sehr wahr!) Wir müssen alles aus dem Begegnen, was die Partei erreicht. Keine Hoffnungen auf sie sind leider sehr gering. (Sehr wahr!) Wir müssen die Bescheidung des Einigungskongresses geleitet. (Hört, hört!) Sie verlangt die Einigung nur auf dem Standpunkt, während niemand weiß, welches ihr Standpunkt ist. Darum ist der Antrag Jena unmöglich. Die Partei hat sich am bittersten an den Persönlichkeiten der U.S.P. gehalten und ja heute nur noch die Piloten der U.S.P. (Lebhaft Zustimmung) Und auch die Kommunisten haben eigene Partei. In Nürnberg zerfallen sie in vier sich gegenseitig bekämpfende Gruppen. (Sprechen Sie doch von der Einigung mit den Unabhängigen, die am Boden des Erfurter Programms stehen. Ich spreche gegen die Einigung mit den Kommunisten, Syndikalisten und Anarchisten. Die Kommunisten haben das Lumpenproletariat noch nicht von sich getrennt, mit denen können wir nicht gemein haben. Ich spreche für die Einigung, bei der wir unsere Tradition und die Grundzüge nicht preisgeben brauchen. Der Parteitag beweist, daß es in ihr gibt. Das gleiche beweisen die Verhandlungen in Hamburg. Die Einigung ist jetzt für die Partei über, aber doch wollen wir sie versuchen. (Zustimmung)

Wittmer-Berlin: Der Parteitag hat während der Diskussion verjagt. Das Chaos in der Organisation erzeugte ein Bild in der Politik. Wir müssen die Unabhängigen zur Verantwortung ziehen. Sie sind auch schon auf dem Wege zur Verantwortung. (Zustimmung) Die Regierung hat vielfach zu spät eingegriffen. In der Einigungsfrage wird die Kontrolle der Arbeiter. Die Berliner Genossen fordern eine allseitige Aufhebung des Besetzungszustandes. (Zustimmung) Gegen Gewalt, von links Gewalt! Aber wir wollen nicht verurteilt sein.

Davidsohn: Die Massen fordern die Einigung. Die Einigung ist keine Führerfrage. Ebenso unannehmbar wie die Annahme eines Diktates der Unabhängigen für uns, ist für die Unabhängigen der von uns vertretene Standpunkt, daß wir nicht einen Mann von so vielen fallen lassen. Soll denn ein Mann für die Partei zerfallen, als daß wir auf einen Verurteilten Mann verzichten? Wir wollen in der Partei keine Klerikale haben. Wenn es heißt: Keine oder die Partei, dann werden wir die Kosten gehen. Viele Forderungen des Erfurter Programms sind noch nicht erfüllt, die Angst hätten erfüllt nur die Namen. Daher die Unzufriedenheit. Es fehlt wirklich nur der Obert-Orden. (Heiterkeit und Unruhe) Wir müssen dafür sorgen, daß sich nicht die Arbeiterschaft von der Demokratie trennt. (Zustimmung)

Kostes Rechtfertigungsrede.

Regierung: Man sagt, es würde ein Remier gefaßt, daß die Regierung haben vielmehr die Erfahrung gemacht, daß die Einigung in ungeheurerer Umfang nach Remier gefaßt ist. (Sehr richtig) Ich habe mich nicht zur Regierung geäußert. Es ist natürlich ein Vergleichen, seinen anhängigen und Namen Tag für Tag durch alle Massen stellen zu lassen. (Zustimmung) Der Umwille unter den Arbeitern ist zu verstehen. Fräule der Revolution auf wirtschaftlichem Gebiet ist einmal nicht in wenigen Monaten! Politisch ist aber erreicht, die deutschen Arbeiter gerade für die nächsten 24 Jahre zu halten. (Sehr richtig.) Wir mühten uns unserem Unglück in der Regierung in einem Augenblick übernehmen, wo wir die Forderungen nicht fast machen konnten. In einem Augenblick, wo die Forderungen hätten, deren Erfüllung ein glattes Ding ist, unmöglich ist. Dazu gehören leider auch die an der wichtigsten Forderungen der Kriegsbefehligen. (Zustimmung) eben danken, und ein Kammer Demokratie, der immer

berungen sein, aber er hat ihrer Unerschütterlichkeit bewußt. In diesen Tagen fehlt der Mut, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen, das Verständnis für die Wirklichkeit. So fordern wir die hohen Gehälter kürzen sollten. Die hohen Löhne fordern, wenn sie ein Amt erhalten, mindestens ebenso hohe Gehälter. Sollen wir die Ministerialgehälter schlechter bezahlen als die Postiers? Mit Neben wie in Landwehr Groll und Vorkämpfer hier gehalten haben, macht man auf die strengen Landarbeiter keinen Eindruck. Auch ich bedauere, daß wir von den Waffen keinen Gebrauch machen müssen. Man vergesse nicht, daß als Siebnacht und Broedour ihre Anhänger bewaffnet auf die Straße schickten, wir noch nicht einen Mann zur Verfügung hatten. Genossen, laßt Euch doch nicht bei jedem Speichel der Unabhängigen in's Bodenhorn jagen! Jetzt Kurage. Wo die Unabhängigen regieren, da verhängen sie bedenkenlos den Besatzungsstaat, sie haken und Bettungen und regieren mit dem Gewalt. Seht es aber bei der Abwehr Spane, dann regt Ihr Euch in Eurer Schamgutmütigkeit auf und Eure Revolutionen schlafen 14 Tage nicht. Berlin mit seinen verzweigten und ählichen Elementen ist jetzt eine dauernde Gefahr für die Ordnung. Es ist daher verständlich, wenn die preussische Regierung dauernd darauf Wert legt, dagegen Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen. Sind erst die Feindschaften angekommen, dann können die Genossen und madon und Kommissar, daß wir nicht besser ausgeht haben.

Ach hier es für meine Pflichten, mich für das schwere Amt zur Verfügung zu stellen und ich habe mich das Gefühl, hier als Kämpfer zur Verteidigung des Wortes zu nehmen. Ich bedauere nur, daß die Genossen im Lande mit und meiner Arbeit immer wieder in den Rücken gefallen sind, und zwar aus Mangel an Sachkenntnis. Genossen sind bei den Freiwillegenen diese Dinge vorgekommen. In allen diesen Fällen ist mit dem Nachdruck eingegriffen worden. In den letzten Monaten ist die Truppe in auch manierterlicher geworden. Trotz der Kritik sind wir ihnen zu dank verpflichtet, daß Deutschland von Chaos entgangen ist. Die Truppen sind in keine einzige Schlacht gekommen, ohne von unseren Genossen gerufen zu sein. (Gruß: Jena.) Durch Jena kamen sie beim Vormarsch auf Leipzig. Wir mühten in Berlin unsere Revolutionen zu betreiben, während vor unseren Fronten die Maschinenwörter lanierten. Das Berliner Militär erklärte sich neutral. (Gruß, hört.) Die Genossen, die sehr am lautesten schreien, fordern mich damals auf, Courage zu haben. Zu meinen Ministerialgehältern hatten sie nicht volles Vertrauen. (Gruß, hört.) Ich habe damals eingegriffen, obwohl ich wußte, daß ich im Kampf durch die deutsche Revolutiongeschichte geschleift werden würde. Ich habe auch erlitten Bewußtsein diese Kämpferzeit vertrieben. In jenen Tagen sind die Freiwillegenen Regimenter aus dem Boden gestampft worden. Weil sich in Berlin keine Hand rührte, mühte ich mich nach außen zu gehen. Nach seinem Willensbuch konnte ich auch niemand erst fragen, sondern mühte mich, wenn überhaupt welche kamen. Heute ist damals nicht ausgegoren, dann wäre die Regierung aufgehoben. Dann hätte wir keine Nationalversammlung gehabt und auch keinen Parteien. (Gruß, hört.) Ich richte mich und trotzdem lamentieren die Berliner! Wer mühte sich noch von dem Vorhaben, der Ruzer niedergeschossen hat? Es läuft noch immer frei herum. (Gruß, hört.) Drei Tage nach der Einschichtung Neurings war unsere Parteipresse verboten. Die Gesängnisse werden gestürzt. Dubende von Schwereverbrechen freigelassen. Man bringt darüber eine kleine Rede — aber über Engels und Karls Flucht geht man in heftige Empörung. Natürlich ist in diesen Tagen sofort durchgegriffen worden. Man hat mich aber im Gefängnis gelassen. (Gruß, hört.)

Nach vierzehn Jahren Krieg und einer Revolution dazu, kann man aus Soldaten nicht sofort ein Gemisch von sozialistischen Parteiführern und reinen Engeln machen. (Stürmische Demonstration.) Die Truppen sind nicht reaktionär, das ist zu bezweifeln. Das neue Heer wird demokratisch sein. Aber auch das läßt sich nicht von heute auf morgen machen. Nicht jeder Offizier aus dem Mannschafstande ist brauchbar. Ich habe das hohe Staatsgefühl und Pflichtbewußtsein aller Offiziere kennen und schätzen gelernt, wenn sie auch manchmal die Geldfrage allzu hart in den Vordergrund stellen. Die von den Unteroffizieren verlangte Aufbesserung würde rund 2 1/2 Milliarden kosten. Wir können das ablehnen. Wie wird darüber wieder spekuliert werden! Die Herminilligen führen kein Schlemmerdasein und haben sich wirklich nicht nötig, sich von jedem Majunggen Blutband lösen zu lassen. Wenn sich dagegen ein temperamentvoller Offizier zur Wehr setzt, so ist das verständlich.

Eine Vorlage über die Vereinfachung der Militärverwaltung geht der Nationalversammlung zu. Wir werden auch darauf auf das Verbotssystem angewiesen sein. Der einzige Vorschlag, den wir ihnen bieten können, ist das etwas reichliche Stück Brot. Geben wir ihnen das nicht, so wird es mehr gehandelt und gemauert werden. Eine politische Tätigkeit in den Reihen ist unmöglich. Jetzt luchen die Unabhängigen die Freiwillegenen für sich zu gewinnen. (Gruß, hört.) Man spricht hier so viel über die Einigung, die ja eines Tages kommen muß. Aber zuerst will man die Regierung kürzen und die Partei auflösen. Dann wollen sich die Unabhängigen mit Hilfe der Freiwillegenen halten. (Gruß, hört.) Es haben auch schon Beschlüsse zwischen leitenden Offizieren und Führern der Unabhängigen darüber stattgefunden. Es waren die Führer der Garde-Kavallerie-Schützen-Division aus dem Oberfeld. (Gruß, hört, hört.) Deren Emil Barth schließt es sehr mit meinen Kanonen. (Gruß, hört und große Beifall.) Am Sonntagabend hat er drei Stunden dazu verwendet, den Führer der Garde-Kavallerie-Schützen-Division davon zu überzeugen, daß er mit seiner Truppe den Unabhängigen dienen möchte, wenn demnach die Regierung gestürzt werde. (Gruß, hört, hört.) Können meine Parteigenossen an politischer Einigkeit von den Unabhängigen nicht allzu sehr übertrieben lassen. Noch sind wir im Amte, wir wollen, das deutsche Volk aus dem Elend herauszuführen, das deshalb darren wir aus. (Gruß, Beifall und Handstreich.)

Stellung-Lübeck. Es ist bedauerlich, daß wir solche Reden machen müssen. Ich war ein Gegner von Roste, aber was er gesagt hat, ist absolut richtig. Roste darf unter keinen Umständen hingerichtet werden. Wir Sozialdemokraten sind Gegner der Todesstrafe. So ändert die Einigung ist, wir müssen hin und wieder die Hand ausstrecken. Die wichtigste Demokratisierung der Verwaltung ist notwendig. — Aber haben wir auch die nötigen Personen? Unfähigkeit könnte uns gar böse Auswirkungen. Den guten Glauben dürfen wir den Ministern aus unserer Partei nicht aberkennen. Deshalb habe ich mich geäußert, als ich den Antrag las, Roste aus der Partei auszuweisen. Solche Anträge dürfen nicht wieder vor Augen kommen.

Stuttgarter-Vorabend: Wir haben viele Hoffnungen nicht erfüllt, wir haben zu viel versprochen, auch nicht genügend fähige Parteigenossen erzeugt. Wir hätten länger in bürgerliche Regierungen mitwirken sollen um das Regieren zu lernen. Bevor nicht die Reichsregierung fertig ist, läßt sich in den Freistaaten nicht durch Reichsdemokratisieren die Schuld an der Fortdauer der Revolution liegt allein bei den Unabhängigen.

gestruppen in allen politischen Fragen, um sie vor jedem Verdacht gegenrevolutionärer und anderer Ausschreitungen zu sichern. Sie beurteilt die Ausschreitungen und erwartet eindeutige und feste Maßnahmen gegen jeden Widerspruch der militärischen Gewalt. Als Mittel hierzu fordert sie weitgehende Demokratisierung des Offizierskorps und den Eintritt der Genossen in die Reichswehr. Demmer erklärt, daß die übergroße Mehrheit der Parteigenossen nicht davon denke, durch bedenkenlose Schimpfereien die obzufügen, auf dem ihre Volkregierung liege. Weder die unabhängigen Führer noch ihre Massen wollen die Einigung. Wir dürfen den Stimmungsdruck nach links nicht mitmachen, sondern müssen die Massen sachlich aufklären.

Schiller-Darmstadt: Je länger die Revolution dauert, desto größer wird die Gefahr, daß auch deren elementare Errungenschaften verloren gehen. Die Sozialisierung ist der Ausdruck der heißen Sehnsucht von Millionen von Proletariern. Die Anklage Biffels gegen seine Kabinettskollegen beweist, daß er nicht nur gegen bürgerliche, sondern auch gegen sozialreformistische Strömungen zu kämpfen hat. Einigungsvorschläge können auch von unten her aus den Arbeiter- und Betriebsräten kommen, aus der Einigung im Wirtschaftsprozeß. (Beifall, Beifall.)

Ummel-Köln: Die Thüringer Delegierten beantragen, in der Einigungsresolution Braun, den dritten Absatz zu streichen. Es ist zwar richtig, das U. S. P. D. und R. P. D. sich bei den früheren Verhandlungen gegen die Demokratie erklärt haben, aber wozu sollen wir das in einer Einigungsresolution betonen? Die Einigungsverhandlungen darf nicht nur der Parteivorstand führen, es muß hierfür eine besondere Kommission eingesetzt werden.

Schall-Dreslau: Das Mißtrauen der Genossen gegen den Parteivorstand und die neue Regierung ist tief. Unsere Minister haben Angst vor der eigenen Courage. Keine hat uns Reue dieser Kommissionsmitglieder versprochen, ist aber dann in Berlin wieder dem Einfluß der alten reaktionären Geheimräte unterlegen. Wenn keine uns keinen neuen Geist bringen kann, soll er abtreten, und wenn die Ministerialdirektoren und Geheimräte den neuen Geist nicht hereinlassen, soll er sie zum Teufel jagen.

Grüne: Nur Freunde wie Schöllch und Groger können mir abraten, mein sorgenvolles Amt schnellst aufzugeben. (Beifall.) Ich war ne bringend vor Ueberfüllung und schlubriger Arbeit. Die Verordnungen über die Gemeindevorstände und Kreisvorstände sind durch Uebereilung in jeder Beziehung unvollkommen, ein Dutzend Nachtragsverordnungen hat den Mangel nicht beseitigt. Jetzt müssen der Landesversammlung neue Gesetze vorgehen über die Wählbarkeit der Frauen zu den Magistraten und die Neuwahl der Deputationen zu den Kreisen. Auch andere Notgesetze sind schon ziemlich fertig, aber wirkliche Besserung kann nur in einem Guß erfolgen. Ich habe mich nicht zu diesem Amt gedrängt, aber ich arbeite im schnellsten Tempo, das möglich ist, und werde die berechtigten Wünsche der Genossen erfüllen, wenn Sie mir Zeit zur Arbeit lassen. Wenn nicht, suchen Sie sich einen anderen. Ich habe nicht Lust, auf mir rumpeligen zu lassen, ohne daß die, die den Prügel schwingen, irgendwelche Sachkenntnis haben. (Beifall.)

Die weitere Debatte wird vertagt. Die morgige Sitzung beginnt mit den Referaten Scheidemanns und Bernsteins. Dann geht die Debatte weiter.

Groß-Berlin.

Die Bekämpfung Rosa Luxemburgs

erfolgt am morgigen Tage von der großen Spielwiese im Friedrichshain aus. Die Ausstellung des Trauergefolges beginnt um 11 Uhr. Auf der Spielwiese nehmen nur die Kranzdeputationen und die mit Einladungskarten zum Friedhof verordneten Personen Aufstellung. Der Zugang hat von der Werneuchener Straße aus zu erfolgen. Die übrigen Leidtragenden, Betriebe und Einzelpersonen, stellen sich auf den an die Wiese angrenzenden Wegen und Sitzen auf und zwar die Teilnehmer aus dem Osten und Süden nach der Elbinger Straße zu, die vom Norden und Westen nach der Virchowstraße zu.

Um 12 Uhr beginnen die Ansprachen. Der Abmarsch erfolgt um 12 1/2 Uhr (nicht, wie bereits irrtümlich gemeldet, um 1 1/2 Uhr) durch die Langenbeckstraße, Landsberger Allee, Peterburger Straße, Frankfurter Allee. Die Spitze der Zug bilden die Kranzdeputationen. Dann folgt der Leichentrag, dem sich die mit Einladungskarten versehenen Personen anschließen. Eine bestimmte Reihenfolge der Betriebe im Zuge ist nicht vorgegeben, sie werden ersucht, sich je nach der Ausstellung ohne unnötiges Gedränge dem Zuge einzufügen.

Die Bestattung der Leiche erfolgt auf dem Friedhof in Friedrichsfelde um 2 1/2 Uhr. Zutritt zum Friedhof haben nur die Kranzdeputationen und die mit Einladungskarten versehenen Personen. Für die einzelnen Kranzdeputationen sollen nicht mehr als 4 Genossen bestimmt werden. Sie stellen sich auf dem Friedhofe zu beiden Seiten des Friedhofsweges auf.

Für die Aufrechterhaltung der Ordnung bei der Ausstellung und während des Markches sowie für die Abperrung am Friedhofe sind Ordner bestimmt, die an roten Armbinden erkenntlich sind und deren Anordnungen Folge zu leisten ist. Es wird noch ersucht, die Anlagen im Friedrichshain und auf dem Friedhofe zu schonen.

Die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands richtet an die Arbeiter von Groß-Berlin die Aufforderung, das Gedächtnis unserer Vorkämpferin Rosa Luxemburg am Tage der Beerdigung durch Arbeitstube zu ehren.

Bezirksvertreter der U. S. P.

die anlässlich der Beerdigung der Genossin Luxemburg in Berlin sind, werden dringend ersucht, im Lauf des Freitagvormittags sich auf dem Parteibureau, Schiffbauerdamm 21, 2. Hof, zu melden.

Sammelstellen der Teilnehmer am Begräbnis Rosa Luxemburgs.

- Fraktion der U. S. P. der preussischen Landesversammlung. Die in Berlin weilenden Mitglieder treffen sich am Freitag, den 13. Juni, um 10 Uhr vormittags, beim Genossen Adolf Hoffmann, Vumenstr. 21, zur Teilnahme an der Beisehung der Genossin Rosa Luxemburg.
- Dritter Kreis. 1/10 Uhr in den Abstellungskafes. Von hier nach dem Rikardplatz.
- Charlottenburg. 3 1/2 Uhr am Anie. Diejenigen Betriebe, die durch die Dismard- und Berliner Straße kommen, schließen sich dort an.
- Schöneberg. 10 Uhr vormittags auf dem Kaiser-Wilhelmplatz.
- Pankow. Pünktlich 9 1/2 Uhr, Rathaus. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Pankower Bezirke werden gebeten, sich diesem Zuge anzuschließen.

- Möntgenal, Jaspersal, Ruch, Schönm, Schwannebed, Dobrecht, fette, Birtholz. 8 1/2 Uhr im Lokal des Genossen Lieber, Möntgenal, Eisenstr. 10/11. Abfahrt nach Berlin um 9,12 Uhr, vom Bahnhof Möntgenal.
- Die Arbeiterkassette der Firma Reuling u. Thomas, Adersstraße. Treffpunkt 8 Uhr vormittags bei Rauer, Adersstraße.
- Beckhatsangehörige der Firma R. Frister u. G., Ober-Schönweide. 10 Uhr, Straußberger Platz.
- Spandauer Staatsbetriebe. 10 Uhr vormittags, Dantziger-Edel-Weidwälder Straße.
- Sozialistische Studenten-Partei. Sämtliche Mitglieder treffen sich um 11 Uhr in der Universitäts (Große Uhr), o der 12 Uhr Landsberger Platz. Ausstellung hinter der „Freien Jugend“.
- Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten. Treffpunkt für alle Mitglieder: 1 1/2 Uhr im Schweizergarten, Am Friedrichshain. Die Bundesleitung.
- Turnverein Hütte. Sämtliche Mitglieder treffen sich um 11 Uhr Werneuchener Straße, Edel-Weidwälder Straße.
- Arbeiter-Vanderverband „Naturfreunde“, Groß-Berlin. 10 Uhr (Normaluhr) Neue Königstraße, Edel-Friedenstraße. Der Bundesvorstand.

An die Bevölkerung Groß-Berlins!

Aus Anlaß der Beerdigung Rosa Luxemburgs, der Vorkämpferin des revolutionären Sozialismus, ruft am Freitag, den 13. Juni 1919, von mittags 12 Uhr bis 4 Uhr nachmittags der gesamte Straßenbahnbetrieb Groß-Berlins.

Im Auftrage der gesamten Arbeiter und Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn.
Der Arbeiterrat und der Arbeiterausschuß.

Mieter-Versammlung. Donnerstag abend 7 1/2 Uhr, Auf Ruppiner Straße 28. Mieterbund.

Staaten. Donnerstag vormittags von 9 Uhr ab werden auf dem hiesigen Güterbahnhof Kolben an die Einwohner der Debrückstraße abgegeben. Der Arbeiterrat. Glaumann.

Jugendliche Vertrauensleute der Betriebe, heute Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, im Jugendsekretariat, Schillerstraße 6/8, Vorkommung.

Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten und Kriegerverwundeten. Der Rechnerkurs findet am Donnerstag abend 8 Uhr im Sophien-Panorama, Weinmeisterstraße 10/11, statt. — Orlogru 224 Charlotteburg. Freitag abend 7 Uhr ermittelte Ortskommission im Volkshaus, Kolonnenstr. 2, Sonntag, vormittags 10-12 Uhr, Rechtsanhalt dabeist. Die Schwerkrankenbeschädigten werden ersucht, durch subzügliche Regelung der Hilfe zur Inanspruchnahme ebenfalls dort zu erscheinen.

Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten. Ortsgruppe Friedrichshagen. Freitag abend 7 1/2 Uhr in Berch Bürgerhäuser Mitgliederversammlung.

Zentralstelle der Einigung der Sozialdemokratie, Bezirk Lüben. Freitag abend 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Dr. Drogge, Dissenbachstraße 57. Tagesordnung: Der Sozialisteng. Wahl der Delegierten.

Lebensmittellisten.

- Spandau. Vom Donnerstag ab auf Feld 259 1/2 Pfund Backobst, auf Feld 259 in den einschlägigen Geschäften des Stadtteils Köpenick je 1/2 Pfund Weichkäse.
- Pankow. Vom Donnerstag ab in den bekannten Konsumgeschäften auf den Stammschnitt der Vollmischkarte für Montag 250 Gramm Bruchweibsch, Zwieback und Rehe, auf alle übrigen Stammschnitte 125 Gramm Zwieback oder Rehe.
- Reinickendorf. Auf Abschnitt 33 der Groß-Berliner Lebensmittelliste 200 Gramm Trauben. Die betreffenden Abchnitte sind bis Donnerstag, 12. Juni, in den amtlichen Verkaufsstellen und bei den Händlern abzugeben. Auf Abschnitt 26 500 Gramm Runkelrübe, Abschnitt 27 250 Gramm abzugeben. Auf Abschnitt 27 250 Gramm Runkelrübe, Abschnitt 28 250 Gramm abzugeben.
- Belfen. Am Donnerstag, von vormittags 8 Uhr ab, werden im Betrieb Blumberg Speisekartoffeln verkauft. Der Verkauf erfolgt nur auf Abschnitte der Kartoffellisten. Die Inhaber der Kartoffellisten müssen die ihnen noch zustehenden Restmengen abholen, da mehrere Kartoffellieferungen unbestimmt sind. — Am Sonnabend gelangt im Amtsburau, Belfelstraße 19, die Kinder-Rahm-Mischkarte für den Monat Juni zur Ausgabe. Es werden hierauf verabsolgt bei Kaufmann Walter, Belfelstraße, und im Kaufmännischen Lager Viktoriastraße, 3 Pfund Grieß, 3 Pakete Zwieback und 4 Dosen Milch.

Aus den Organisationen.

- Dritter Kreis. Sonntag, den 13. Juni, Familienausflug nach Friedrichshagen, Lokal „Kasseler-Turm“. Abfahrt 9 Uhr, Schillerstr. Bahnhof.
- Vierter Kreis. Freitag abend 7 Uhr Comeniusstraße, Remeler Straße 67, Bezirksversammlung. Tagesordnung: Vortrag über das Parteiprogramm. 2. Wahl der Parteileitung. 3. Vorschläge zum Vorstand. — Das Mitgliederbuch ist am Eingang des Saales vorzugeben.
- Sechster Kreis. Freitag abend 7 Uhr öffentliche Versammlung in den Friedrichshagen, Wilschstr. 24. Tagesordnung: Vom 8. November die heut. Referent: Genosse Hugo Haase. Preis-Kausprüche.
- Niederbarnim. Redner-Unterstützungskursus 3a und 3b Lokal Jugendheim Reinickendorf-Ort, Amendstr. 79, am Wasserturn. Donnerstag, 12. Juni, abends 7 Uhr, Schlußabend des Gen. Alfred John. — Bezirk 4a und 4b Lokal Café Wellenau, Volkshaus Stralauer-Bummelburg, Freitag, 13. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Schlußabend des Genossen Alfred John. — Bezirk 11 Lokal Rikardplatz, Trebbowstraße 75, Sonnabend, 14. Juni, abends 7 Uhr, Schlußabend des Gen. Alf. John.
- Neukölln. Donnerstag abend 8 Uhr Sitzung der Stadtdirektorenfraktion im Rathaus, Zimmer 2, 1 Treppe.
- Viktoriaberg. Der von der Bezirkshonferenz gefasste Beschluß, Friedhofordner zu stellen, ist durch die Uebernahme des Ordnerdienstes durch die R. P. D. erledigt. Ordnet werden nicht als nicht gestellt.
- Oberbarnimelbe. Mit der heute abend in der Schulaula stattfindenden Versammlung haben örtliche Organisationen der U. S. P. nichts zu tun.

Sitzung des Vollzugsrats.

Aus der gestrigen Sitzung des Vollzugsrats, die zunächst von an der Spitze unseres Blattes wiedergegebenen Beschluß zur allgemeinen Beteiligung an der Beerdigung von Rosa Luxemburg sagte, wird noch mitgeteilt.

Die dem Vollzugsrat mehrfach zugegangenen Klagen über Uaternemer, die ihre Arbeiter und Angehörten wegen Beteiligung an dem Generalliste benachteiligt oder gar entlassen haben, waren ebenfalls Gegenstand der Verhandlung. Der Vollzugsrat warnt alle Uaternemer vor betätigten Maßnahmen und verweist betel auf die gegenwärtige, innerhalb der Arbeiterschaft vorhandene starke Mißstimmung, die durch Provokation seitens der Uaternemer noch weiter gesteigert werden kann und schließlich zur abermaligen Säuerung des gesamten Wirtschaftslbens beiträgt.

Zu ganz unerträglichen Verhältnissen hat sich auch das während der Streiks breitmachende wilde Fuhrwesen entwickelt. Diese wilden Fuhrwerke einschließlich der Trojachen und Straßwagen, die den Streik ausnutzen, um das Publikum der Straßenschaue, werden mit Recht, besonders von dem Personal der streikenden Betriebsbetriebe, als Streikbrecher angesehen und demgemäß behandelt. Es ist anlässlich des letzten Generallistes mehrfach zu Zusammenstößen zwischen Streikenden und diesen Streikbrechern gekommen, was schließlich zu bebauern ist. Vorzüglich sind Kommissionen der Streikenden beim Vollzugsrat vorstellig geworden, die ein Einschreiten gegen die genannten Fuhrwerke forderten. Der Vollzugsrat ist dazu nicht in der Lage, allerdings muß er auch die Verantwortung abgeben für Vorstände, die durch dieses Streikbrechertum beauftragt worden. Weiter wurde beschlossen, die nächste Vollversammlung der Arbeiter zum Mittwoch, den 18. Juni, einzuberufen.

Wer ist Anton Fischer?

In dem Prozeß gegen den Genossen Ledebour ist am Freitag und Sonnabend der vorigen Woche auch der frühere Stadtkommandant von Berlin, der Leutnant Anton Fischer, als Zeuge aufgetreten. Er hat dabei eine mehr als merkwürdige Rolle gespielt. Während er bei seiner Aussage, die belastend für den Genossen Ledebour wirken mußte, sachlich und genau sprach, stocherte er plötzlich, als ihm der Rechtsanwält Rosenfeld die Frage vorlegte, um welchen Personen die Deputation bestanden habe, die am 6. Januar in den Marzfall kam, sich nach dem Schicksal des damals verhafteten Zeugen Fischer zu erkundigen. Herr Fischer verweigerte darüber die Aussage und begründete dieses mehr als sonderbare Verhalten damit, daß er bei der Nennung dieses Namens für die Sicherheit seiner Person und die der Deputierten fürchten müsse.

Es ist uns unerklärlich, wie das Leben irgendeines Mannes gefährdet werden soll, wenn ein Name vor Gericht die Wahrheit sagt. Herr Fischer sollte doch wissen, daß die Kasse, unbequeme Zeugen zu beschließen, bisher nur von der Militärkammer mit gutem Erfolge geleistet wurde. Nebenfalls müssen schwerwiegende Gründe vorliegen, die Herrn Fischer zwingen, über diesen Punkt die Wahrheit zu verbergen und sich dabei hinter die vornehobene Amtsverweigerung zu verstecken. Herr Fischer verweigerte dann schließlich seine Aussage auch noch darüber, welchen Kosten er gegenwärtig bei der Moskauer Befreiung. Auch das läßt sich klären.

Als dann der Leutnant Fischer durch die Freisetzung der Verteidiger in Bedrängnis geraten war, wandte er sich hilfesuchend an den Staatsanwalt Zumbroich, der einige Tage vorher schon dem Grafen Westarp als rettender Engel beiseitegeritten war. Das geschah in dem Augenblick, als sich das Gericht zur Beratung zurückgezogen hatte. Die Verteidiger erhoben sofort dagegen Einspruch und stürzten auf diese Weise das traurige Verkommen. Inzwischen ist nun auch Herr Roske als Richter in der Rot eingetreten. Er hat in einem Telegramm an den Ersten Staatsanwalt die Genehmigung zu weiteren Ausfragen des Leutnants Fischer verweigert, „weil die Ablegung des Zeugnis des Herrn Ledebour sowohl als auch die Desinfektion der Leutnanten ein großes Interesse daran, die Wahrheit über diesen Mann zu erfahren. Herr Fischer hatte sich schon vor seiner Vernehmung geäußert, daß er mit seiner Aussage sehr zurückhalten werde. Das wurde in der letzten Verhandlung als gerichtsnotorisch festgestellt. Weiter muß daran erinnert werden, daß Herr Fischer am 9. Mai in einer Berliner Sitzung der Rechtssozialisten ein scharfes Referat gegen den neuen Militarismus hielt, der nichts weiter sei, als eine Wiederbelebung des alten Militarismus, von dem man gehofft habe, daß er am 9. November endgültig erledigt sei.“

Wer ist nun eigentlich Anton Fischer? Wir drängen darauf, daß in dem Prozeß gegen den Genossen Ledebour noch näheres über die Person und die Tätigkeit dieses Mannes bekannt wird. Wir bitten daher, alle Neuigkeiten, die irgendwelche Angaben über die Person dieses Mannes machen können, sich unzerstückelt auf unserer Redaktion oder bei der Verteidigung zu melden.

Fünfte Verhandlungstag.

Zu Beginn der Sitzung teilt der Vorsitzende mit, daß der Genosse Hermann Strumpf erkrankt ist und an seine Stelle der Ergänzungsgewählte Schulz tritt. Darauf erfolgt die Vernehmung des Zeugen Haack. Dieser besand sich am 6. Januar in der Nähe des Alexanderplatzes und hörte, wie ein Arbeiter sich äußerte, man solle den „Vorwärts“ besetzen. Er sagte weiter, die Besetzung des „Vorwärts“ würde wieder unnützes Blutvergießen kosten, und um zu erfahren, was man unternommen habe, ging er in die Lindenstraße. Der „Vorwärts“ war inzwischen besetzt, auch andere Zeitungen. Er machte den im „Vorwärts“ arbeitenden Arbeitern über die Besetzung Vorwürfe, konnte aber nichts ausrichten.

Nunmehr wollte er versuchen, Eichhorn zu sprechen, damit dieser alles aufbiete, die Leute wieder aus dem Gebäude zu bringen. Er traf Eichhorn in der Schilderstraße im Parteibureau der U. S. P. an und trug ihm die Sache vor. Es stellte sich heraus, daß niemand der Anwesenden von der Besetzung der Zeitungen wußte. Man habe an der Wichtigkeit seiner Mitteilung geäußert, speziell Ledebour habe ihn gefragt, ob das wahr sei, was er erzähle. Er sagte darauf, man könnte sich ja selbst überzeugen. Der Zeuge sei es, als er die Behauptungen des Ministers Heine in einer revolutionären Zeitung las, und nach Kenntnis der Anklage der Staatsanwaltschaft nicht mit seinem Gewissen vereinbaren können, zu schwören und sich der Verteidigung als Zeuge angeboten. Er behauptet noch, daß die im Parteibureau Versammelten, unter denen sich auch Dr. Karl Liebknecht befand, über die Besetzung der Gebäude sehr erregt waren und durchaus nicht damit einverstanden waren. Ledebour habe gesagt, es sei unerhört.

Der Zeuge Dr. Ernst Meyer wird aus der Schutzhaft entlassen. Seine Vernehmung erfolgt wegen seiner angegriffenen Gesundheit schon jetzt, da er in ein Sanatorium gehen wird. Der Zeuge gibt an, daß er mit Ledebour in der Zeit zwischen dem 6. November und 6. Januar selten gesprochen hat. Er ist Mitglied der Zentrale der Kommunistischen Partei. Im Kreise seiner Partei konnte man die Erörterung der Arbeiter über die Haltung des „Vorwärts“ vor der Revolution. Als der Parteivorstand das Recht des „Vorwärts“ zu einer Erneuerung der Redaktion bewilligt habe und die Haltung des Blattes gegenüber früher eine absolut patriotische geworden sei.

Übertragung der Arbeiter wurde dadurch und durch die Haltung der Presse nach dem 9. November angeheuer gesteigert. Selbst die „Bolschewistische Zeitung“ und die „Frankfurter Zeitung“ seien damals genötigt gewesen,

die ängstlichsten Berichte des W. Z. B.

über die Ablehnung der Arbeiterräte durch die Entente zu berichten. Von der Besetzung des „Vorwärts“ im Dezember sei auch die Kommunistische Partei überrascht worden. Der „Vorwärts“ müßte dies nach seinem Wiedererscheinen selbst bestätigen. Richter habe er jedoch Tag für Tag

Ordnung gegen Eichhorn

gebracht, worin dieser schwerer Amtverletzungen beschuldigt wurde. Auch trat er für die Ermahnung des Bürgerturns ein, während es eine politische Forderung der revolutionären Obleute war, die Arbeiterschaft zu bewaffnen.

Am 5. Januar seien wieder ohne Wissen der Kommunistischen Partei und der U. S. P. Zeitungen besetzt worden. Am Sonnabend, den 4. Januar, habe man noch über die Parolen für den Sonntag gesprochen. Da man den Zeitpunkt nicht für gekommen hielt, die Regierung selbst zu übernehmen, wurde ein Vorhaben gegen die Regierung abgelehnt. Drei Wairoien hätten Liebknecht erklärt, daß sie, sowie die Republikanische Soldatenwehr über die Ablehnung Eichhorns sehr empört seien, sie seien aber bei solchen getrockneten Vereinbarungen ermüdet worden, sich ruhig zu verhalten.

An der Demonstration vom Sonntag hat der Zeuge nicht teilgenommen, am Montag in der Siegesallee aber gehört, daß sich die Arbeiterschaft die Ablehnung Eichhorns nicht gefallen lassen würde. Im Parteibureau habe er dann erfahren, was am Sonntag geschehen sei. Von einer widerrechtlichen Aneignung des „Vorwärts“ könne seiner Meinung nach keine Rede sein, die Arbeiterschaft verlangte nur, daß ihr Blatt aus ihre Ansicht vertrete. Daß die Besetzung des „Vorwärts“ aufrecht erhalten wurde, erklärt sich der Zeuge aus der Haltung des damals erschienenen „Vorwärts“, der u. a. eine Notiz gedruckt habe, überschrieben: „Berlin läßt Trotski verhaften“. Dazu habe der „Vorwärts“ bemerkt, daß es, falls Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zur Herrschaft kämen, nur noch die Frage sein würde, wer von den Beiden den andern Teil verhaften lassen würde. Er erklärt weiter, daß nach seiner Kenntnis die Besetzung spontan erfolgt sei und seine Partei sich bemüht habe, sie zu verhindern.

Vorsitzender: Haben Sie in der Januarwoche selbst oder bei der gemeinschaftlichen Internierung mit dem Angeklagten über seine Stellungnahme gesprochen?

Zeuge: Am 10. Januar sprachen wir über diese Angelegenheit. Auch war ich Zuhörer bei den Erörterungen zwischen Fischer und Ledebour. Der Angeklagte hielt es für zweckmäßig, Einigungsverhandlungen anzuknüpfen. Er war sehr erbittert, daß diese

durch die Schuld der Regierung immer wieder gescheitert

wären. Der Revolutionsausschuß habe ebenfalls die Besetzung der Zeitungen nicht beschließen können, da er, seines Wissens nach, erst nachher entstanden sei, um die Erbitterung der Massen in geordnete Bahnen zu lenken.

Staatsanwalt Zumbroich fragt den Zeugen, ob vielleicht im Programm seiner Partei verlangt werde, die bürgerlichen Zeitungen systematisch zu unterdrücken. — Zeuge: Nach unserem Programm soll die Presse als wichtiges öffentliches Organ sozialisiert werden. Eine Unterdrückung der Presse beabsichtigt meine Partei nicht. — Staatsanwalt Zumbroich: Es kommt mir darauf an, festzustellen, ob der Weg, den die Kommunistische Partei zu diesem idealen Endziele, mit dem auch ich einverstanden bin, einschlägt, nicht für eine Uebergangsperiode, vielleicht für die Diktatur des Proletariats, die vollständige Unterdrückung der bürgerlichen Presse vorseht. Es ist seitens der Kommunistischen Partei ein Flugblatt erschienen, in dem es möglich heißt... — Vorsitzender: Eine Verlesung ist nicht zulässig. Ledebour: Darf ich vielleicht fragen, ob der Herr Staatsanwalt sich vielleicht im Stadium seines Blühalters befindet. Ich würde dann daraus meine Konsequenzen ziehen. — Vorsitzender: Herr Zeuge, es handelt sich für uns darum, ob Gewalttätigkeiten programmmäßig zu dem Ziel, das Sie anstreben, gehören? — Zeuge: Ob Gewaltmittel zweckmäßig sind, kann man nicht ohne weiteres sagen. Die

Gewalttätigkeit als solche ist kein Programmpunkt der Partei.

Staatsanwalt Zumbroich: Im Artikel des Dresdener „Kommunisten“ vom 19. Januar ist u. a. gesagt, daß die Arbeiter das Papier der bürgerlichen Presse benutzen sollten, um darauf ihre Verordnungen zu drucken. — Ledebour: Dieser Artikel ist 8 Tage nach meiner und Herrn Meyers Verhaftung erschienen. — Zeuge: Dieser Aufsatz ist sicher nicht von der Denkschrift entworfen. Er war mir bis heute unbekannt. Ich weiß nicht, in welchem Umfang und wann er verbreitet ist. — Ledebour: Selbst wenn der Artikel im „Kommunisten“ eine Fundament der Zentrale gewesen wäre, hätte ich absolut nichts damit zu tun gehabt. Es ist das wieder ein Versuch des Staatsanwalts, irgend welche Meinungen der Kommunistischen Partei, wie er sie versteht, zum Zweck der Stimmungsmache gegen mich zu verwerfen. — Der Vorsitzende weist den Ausspruch, der Staatsanwalt wolle Stimmung gegen Ledebour machen, zurück.

Dem Zeugen Meyer, der sich sehr schamhaft fühlt, wird nunmehr erlaubt, sich zu sehen. Er gibt an, daß er davon, welche Momente die revolutionären Obleute zu ihren Beschlüssen veranlaßt haben, nichts wisse. An irgend welchen diesbezüglichen Verhandlungen habe er nicht teilgenommen. — Ledebour: Der Zeuge ist meines Wissens an einer Unterredung beteiligt gewesen, wo über einen eventuellen Zusammenschluß der revolutionären Obleute und der Kommunistischen Partei beraten wurde. Ich präzisiere die Frage, damit der Zeuge weiß, worauf es mir ankommt. Erinnern Sie sich, daß wir

begüglich des Zusammenschlusses drei Bedingungen

stellten? — Zeuge: Ja wohl. Die erste bezog sich auf rein organisatorische Angelegenheiten, in der zweiten wurde verlangt, daß unser Beschluß, an der Nationalversammlung nicht teilzunehmen, umgekehrt wurde, die dritte verlangte eine Erklärung unserer Partei, in der wir gegen vorklassische Beschränkungen, die nach Ansicht Ledebours und seiner Freunde vorhanden waren, Stellung nehmen sollten. Wir erklärten, daß ein solcher Vorwurf nicht berechtigt sei. — Ledebour: Es kommt mir besonders auf den letzten Punkt an, wo über die Verwerfung des Putschismus, die Verwerfung des Terrorismus und die Verwerfung des Parlamentarismus gesprochen wird. Mein lieber Herr Staatsanwalt, das ist der Punkt. — Vorsitzender: Ich muß bitten, denartige Bemerkungen gegenüber einem Beamten des Gerichts zu unterlassen. — Ledebour: Ich bin gewohnt, zu sprechen, wie mir der Schnabel gewachsen ist. — Vors.: Sie müssen sich Ihrer Stellung als Angeklagter bewußt bleiben. — Ledebour: Meine Stellung ist

die eines Angeklagten, nicht aber die eines Menschen unbedenklichen Rechts. Dazu lasse ich mich nicht herabdrücken. Was würden Sie sagen, wenn ich Sie zur Karthause antreiben würde, das wäre eine Art Gleichstellung. — Vors.: Es ist aber Brauch bei den Gerichten, die Angeklagten nur mit Angeklagter anzureden. — Ledebour: Damit ist eben bewiesen, daß dieser wie mancher andere alle Brauch bringend der Abschaffung bedarf. Ich werde künftig dafür Sorge tragen.

Ledebour fragt dann weiter: Erinnert sich der Zeuge, daß er dabei war, als ich meinem Freund Liebknecht gegenüber die

Befragung des „Vorwärts“ als schwerer Fehler bezeichnet

und es beklagte, daß die „Rote Fahne“ einen Artikel brachte, der so aufgelegt werden konnte, daß von einer erneuten Besetzung des „Vorwärts“ aufgefördert wurde. Von Liebknecht ist mir dann gesagt worden, der Artikel sei anders anzulegen, die Mitglieder des Zentralvorstandes seien gegen eine solche Besetzung. Ledebour fragt dann den Zeugen weiter, ob er nach ihrer gemeinsamen Besprechung auch den Eindruck bekommen habe, daß man sie ermorden wolle. Zeuge: Ich kann nur bestätigen, daß ich denselben Eindruck hatte. Vors.: Ich kann nicht einsehen, was dies mit der Anklage zu tun hat. — Ledebour: Die Anklage ist erst vier Tage nach unserer Verhaftung erfolgt, nachdem die Soldaten der Aufforderung, uns zu ermorden, nicht Folge leisteten. Durch die Aussage des Zeugen Fischer wird sich noch viel deutlicher beweisen lassen, daß man mich im Zuchthaus verenden lassen wollte, nachdem der Plan, mich zu ermorden, nicht ausgeführt wurde. — Staatsanwalt Zumbroich: Ich möchte nicht unwidersprochen in die Welt gehen lassen, daß Pläne zur Ermordung Ledebours bestanden hätten. Dafür haben wir nicht den Schatten eines Beweises. — Rechtsanw. Dr. Herzfeld: Der Zeuge Fischer hat das ausdrücklich erklärt. Wenn ein Schatten des Beweises dafür fehlt, so liegt es nur daran, daß der Zeuge Fischer auf Anregung des Herrn Staatsanwalts nicht dazu gekommen ist, auf unsere Fragen Antwort zu geben. — Rechtsanw. Dr. Rosenfeld: Der Zeuge

Fischer ist Zeuge der Staatsanwaltschaft.

Jede Tatsache, die unter Beweis gestellt wird und geeignet ist, seine Glaubwürdigkeit zu beleuchten, ist erheblich. — Staatsanw. Zumbroich: Die Glaubwürdigkeit des Zeugen Fischer ist bisher noch nicht angegriffen. — Rechtsanw. Dr. Rosenfeld: Durch unsere Fragestellung sollte die Unglaubwürdigkeit des Zeugen Fischer, der sich schon verschiedene Malen geäußert hatte, bewiesen werden. Wir werden auf die Fragen zurückkommen, wenn wir den Augenblick dafür als richtigen halten.

Nach der Mittagspause wird der Beschluß verkündet, daß der Zeuge Meyer sich darüber äußern soll, ob und was ihm darüber bekannt ist, daß der Zeuge Fischer beabsichtigt habe, den Angeklagten Ledebour zu ermorden oder ermorden zu lassen. — Zeuge Meyer: Nachdem der Stadtkommandant Klawunde uns erklärt hatte, die Verhaftung sei nicht von ihm oder irgend einer anderen Behörde beantragt, verlangten wir Freilassung und Feststellung der beiden Herren, die uns zur Kommandantur gebracht hatten. Klawunde sagte, er kenne die beiden nicht. Die beiden weigerten sich, ihre Namen zu nennen. Herr Ledebour erklärte das für einen merkwürdigen Mut eines Offiziers. Wir wurden nun in das Auto geführt. Trotzdem nur zwei statt fünf Soldaten zu unserer Bewachung mitkommen sollten,

wurden auch diese noch von einem Offizier zurückgehalten.

Herr Klawunde erklärte uns, es sei in unserem Interesse besser, wenn wir hierblieben. Ich sagte ihm, als ich allein mit ihm war, daß der eine der Herren Sigelweber von Tschka sei und er ihn kennen müsse, da von Tschka einen von Klawunde unterzeichneten Ausweis vorgezeigt habe. Klawunde erinnerte sich dann, daß von Tschka als Kurier empfohlen sei. Den anderen kenne er nicht. Nach einer Weile kam ein Herr, der sich auf die Frage Ledebours als Leutnant Fischer bezeichnete, und erklärte, wir sollten mitkommen. Er sagte unterwegs etwas von Blutvergiß und Schießen. Vorher war von den Soldaten kein einziges Drohwort gefallen. Jetzt, als Fischer uns begleitete, begannen sie zu schimpfen und zu drohen. Die Begleitmannschaften gingen 8 Schritte hinter uns, das Gewehr lose in der Hand. Trotzdem ich schon oft transportiert wurde, ist mir veratmet noch nicht passiert. Im Winterhaus des Kronprinzenpalaisses übernachteten wir dann. Ledebour sagte am andern Morgen, daß er zur Verhandlung müde, Fischer lehnte es ab und sagte nach, falls etwa von den Arbeitern versucht würde, uns zu befreien, würden wir erschossen. Es machte den Eindruck, als sollten wir als Geiseln festgehalten werden. Fischer erklärte nach Verhandlungen mit der Regierung, wir müßten hierbleiben,

er müsse und in Schutzhaft behalten.

damit die Soldaten und nichts täten. Ich hatte den Eindruck, daß das eine von Herrn Fischer mit der Regierung verabredete Ausrede sei. Ledebour sagte mir dann, daß der Oberleutnant, der uns verhaftet habe, ihm einen Ausweis zeigte, auf dem der Name Jürgen stand. Ueber das ursprüngliche Wort Gefreiter sei ein anderer Titel geschrieben. Als ich hier im Untersuchungsgefängnis war, hat dieser Herr Jürgen eine Hausdurchsuchung bei mir veranstaltet und bei der Mitnahme von Schriftstücken quittiert: Jürgen, Oberleutnant. — Ledebour: Nach meiner Erinnerung hat Fischer bei unserm Abtransport gesagt, bei Fluchtversuchen erfolgt sofort die Kugel. Das kam mir sonderbar vor, denn es wäre meiner Wohnstatt gewesen, auf dem Wege von der Kommandantur in das Kronprinzenpalais zwischen engen Gassen und bei der starken Bewachung einen Fluchtversuch zu machen. Wenn wir zur Vernehmung des Herrn Fischer kommen, was ich immer noch hoffe, so muß jeder Beschießungsversuch seiner Auslagen unterbleiben.

Zeuge Meyer: Im Untersuchungsgefängnis wußte man nicht, warum wir eingeliefert wurden, trotzdem hat die Staatsanwaltschaft dem Oberkommando in den Marken die Mitteilung gemacht, gegen mich habe ein Verfahren wegen Aufruhrs geschwebt. Das ist eine Erfindung der Staatsanwaltschaft.

Ledebour: Wir werden unter Beweis stellen, daß die Regierung von unserer Verhaftung vorher benachrichtigt war. Trotzdem haben die Regierungsvertreter das abgelehnt. Herr Landsberg, der die Hauptperson dabei war, hat direkt wahrheitswidrig behauptet, er wisse nicht, wo wir seien. Als der Zeuge Meyer bezeugt werden soll, erklärt der Staatsanwalt Dr. Wisse, daß er nach seinen eigenen Ausführungen zur Zentrale der Kommunistischen Partei gehört habe und daher nicht bereidigt werden könne. — Rechtsanw. Dr. Rosenfeld: Der Zeuge befindet sich in Schutzhaft; trotzdem bekannt ist, daß er Mitglied der Zentrale war, schwebt kein Verfahren gegen ihn. Der Zeuge wird bereidigt.

Rechtsanw. Dr. Herzfeld: Ich beantrage, den bereits vernommenen Zeugen Klawunde darüber zu vernehmen, daß der Zeuge Fischer ihm erklärt hat, er bekomme in nächster Zeit ein Amt von der Reichsregierung, dann habe er keinen Vorgesetzten. Er dürfe hier nicht ausfragen,

weil ihm dieses Amt in Aussicht gestellt sei.

Rechtsanw. Dr. Rosenfeld stellt den Antrag, die telegraphische Antwort der Reichsregierung bezüglich der Ausfrage des Zeugen Fischer zu verlesen. Der Vorsitzende verleiht darauf das Telegramm, das an den 1. Staatsanwalt geteilt ist und folgenden Inhalt hat: Die Erlaubnis zu jeder weiteren Vernehmung des Leutnants Fischer über Gegenstände, auf die sich seine Ansicht zur Meinung

